Donnerstag, 23 November 1922 • 51. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 15 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 533

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Morgans Vorbedingung: Moratorium für Deutschland.

Die abgesagte Unterredung mit Poincaré.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 23. November.

Der „Matin" schreibt heute, Poincaré hätte vor einiger Zeit Morgan wissen lassen, daß dem französischen Ministerpräsidenten eine Unterhaltung mit dem amerikanischen Finanzmann vor der Konferenz in Brüssel sehr angenehm sein würde. „Morgan war bereit, der Einladung zu folgen, aber er hält sich zurzeit in London auf und will am Freitag die Rückreise nach Amerika antreten. Da Poincaré in Lausanne war, und Morgan seine Abreise nicht aufschieben kann, war die von beiden Seiten gewünschte Zusammenkunft nicht möglich. Man darf aber hoffen, daß sie nur vertagt worden ist."

„Nach unseren Informationen ist Morgan jederzeit bereit, das Versprechen zu erfüllen, das er im Juni gegeben hat. Wenn man seinen Rat nötig hätte, wird er einer Einladung sofort Folge leisten. Seine Auffassung hat sich nicht geändert. Ebenso wie vor sechs Monaten glaubt Morgan, daß eine große internationale Anleihe zugunsten Deutschlands nur unter zwei Voraussetzungen möglich ist: 1. wenn die Mark stabilisiert und die Inflation aufgehalten wird; 2. wenn das Programm der Reparationen endgültig gelöst ist sowohl hinsichtlich der Zahlungsbedingungen, wie auch hinsichtlich der Festsetzung der deutschen Verpflichtungen. Es könnten auch noch andere Bedingungen zu formulieren sein, aber diese beiden sind die wichtigsten."

Diese, im ganzen zutreffende Information des „Matin", kann noch dahin ergänzt werden, daß zwischen Morgan und anderen Vertretern der Adelfinanz über die Voraussetzungen einer internationalen Anleihe im allgemeinen vollkommene Einigkeit besteht. Die Einigung war, wenn ich recht unterrichtet bin, sogar schon soweit gediehen, daß in der Tat ein provisorischer Abschluß in Aussicht zu stehen schien, als Poincaré die Neigung verriet, mit Morgan über die Angelegenheit zu sprechen. Alle Äußerungen des Ministerpräsidenten in den letzten Wochen zielten auf die Vorbereitung dieser großen Anleihe hin, von der, wie hier wiederholt gesagt wurde, Frankreich einen Teil für sich wünschte. Während also einige Vertreter der großen Auslandsbanken in Paris eintrafen, wartete Morgan in der Nähe von London auf die angebliche Bestimmung der Zusammenkunft mit Poincaré. Am Dienstag abend wurde Morgan in Paris erwartet. Statt seiner aber traf im Laufe des Nachmittags die Nachricht ein, daß der Besuch verschoben werden müsse. Was war geschehen? Hier sind meine Informationen nicht ganz sicher, so daß ich sie nur unter Vorbehalt geben kann. Ich wäre sogar sehr froh darüber, wenn sie dementiert werden würden. Es scheint zunächst eine kleine Verwirrung bei der Formulierung der letzten Einladung geherrscht zu haben. Das französische Finanzministerium wollte Morgan nicht zur Reise nach Paris veranlassen, da es dem Ministerium des Äußern nicht vorgreifen wollte. Poincaré selbst hielt sich in Lausanne auf und wollte Delacroix, den belgischen Delegierten bei der Reparationskommission, der aus besonderen Gründen mit der Frage besonders vertraut war, zur Abendung einer Einladung veranlassen. Aber Delacroix wandte mit Recht ein, daß es ihm nicht zukomme, Einladungen für Paris in die Welt zu schicken. Inzwischen scheint Morgan etwas ungeduldig geworden zu sein, und er ließ Poincaré mitteilen, daß **eine Unterredung nur dann einen Zweck hätte, wenn Poincaré bereit sei, dem Moratorium für Deutschland nicht zu widersprechen.** In welcher Form diese Anregung dem französischen Ministerpräsidenten nach Lausanne übermittelt wurde, ist unbekannt. Da Morgan aber noch wissen ließ, daß er sich nur noch einen Tag länger in London aufhalten werde, wurde die Vertagung der Unterredung notwendig. Das Eintreffen dieser Nachricht in Paris hat zuerst in den Kreisen der Reparationskommission eine Enttäuschung hervorgerufen, da tatsächlich bereits alle Vorbereitungen für eine Verständigung getroffen waren. Die Stimmung wurde aber etwas besser, als bekannt wurde, daß Poincaré, entgegen den Meldungen des „Temps", nicht noch am Mittwoch in Lausanne bleiben, sondern in den ersten Morgenstunden des Tages in Paris eintreffen würde. Neue Bemühungen sind im Gange, die aber, wie zu vermuten ist, an der Abreise Morgans nichts mehr ändern können. Das wäre aber nicht allzu tragisch aufzufassen, denn die Reise zwischen Amerika und Europa ist heutzutage kein großes Hinderais mehr. Es kommt vor allem darauf an, wie Poincaré über das Moratorium denkt, das er nach den Andeutungen seiner Kammerrede nicht ohne Kompensationen gewähren will. Die Frage wird in Brüssel oder schon vor Brüssel schließlich wohl so formuliert werden: Will Frankreich den Deutschen Ruhe lassen und dabei für sich selbst materielle Vorteile erreichen? Will es auf die „produktiven Sicherheiten" verzichten, die ihm wahrscheinlich für lange Zeit überhaupt nichts einbringen? Die Antwort sollte leicht sein, aber die Wege der französischen Politik sind wunderbar.

*

Wie wir hören, wird der amerikanische Senator McCormick nächsten Mittwoch in Berlin eintreffen.

Französisch-belgische Vorbesprechungen für Brüssel.

Theunis und Jaspar in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 23. November.

Die belgischen Minister Theunis und Jaspar, die gestern in Paris angekommen sind, werden heute vormittag eine Unterredung mit Poincaré haben, die aber nur kurz sein wird. Um 1 Uhr gibt Poincaré zu Ehren der belgischen Herren ein Frühstück, zu dem der Finanzminister und der Minister der befreiten Gebiete sowie die Mitglieder der Reparationskommission eingeladen sind. Nachmittags werden die Besprechungen über die Konferenz von Brüssel fortgesetzt. Obwohl die meisten Zeitungen glauben, daß die Konferenz am 15. Dezember beginnen kann, wird es sich doch erst in dieser Unterredung herausstellen, ob dieses Datum eingehalten werden soll, oder ob die Konferenz noch etwas verschoben werden muß, um den Verbündeten die Möglichkeit zu geben, den Boden für eine Verständigung noch etwas mehr vorzubereiten.

Paris, 22. November. (W. T. B.)

Jaspar und Theunis sollen sich amerikanischen Korrespondenten gegenüber dahin ausgesprochen haben, daß sie fest gewillt seien, **die Einladungen zur Brüsseler Konferenz nur dann auszusenden, wenn sie von vornherein über einen vollkommenen Erfolg dieser Konferenz Sicherheit hätten.** Diese Nachricht scheint durch Ausführungen des „Petit Parisien" bestätigt zu werden. Das Blatt hebt hervor, es sei vielleicht nützlich, vor dem endgültigen Zusammentritt der Konferenz sich zu vergewissern, ob die Alliierten, insbesonder Frankreich und England, Aussicht hätten, sich über die Konferenz zu einigen. Infolgedessen werden Theunis und Jaspar von den alliierten Regierungen verlangen, daß sie sich über die hauptsächlichsten Punkte des Programms der Brüsseler Konferenz einigen, ebenso wie die gleichen Alliierten es auch für nötig befunden hätten, eine Einigung über die Lausanner Konferenz herbeizuführen. Die Besprechungen, die sie zunächst mit Poincaré haben werden, beziehen sich auf bestimmte Punkte. Obwohl, so führt der „Petit Parisien" fort, die englische Regierung in diesem Augenblick sehr wenig auf solche Verhandlungen vorbereitet zu sein scheint, da Lord Curzon in Lausanne weilt, werden die beiden belgischen Minister sich doch nach London begeben, um dort auch über dieselbe Angelegenheit zu verhandeln. Binnen kurzem wird es also, so schreibt das Blatt, klar sein, ob der Plan der Konferenz von Brüssel nunmehr feste Gestalt annimmt, **oder ob es vorzuziehen ist, diese Konferenz auf ein späteres Datum zu verschieben,** damit die Alliierten Zeit finden, eine neue Grundlage für die Konferenz vorzubereiten.

Das Kabinett Cuno vollzählig.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

Nachdem der gestern spät abends in Berlin eingetroffene bisherige Gesandte in Kopenhagen, v. Rosenberg, das ihm angebotene Ministerium des Aeußern angenommen hat, sind nunmehr sämtliche Ministerposten im Kabinett Cuno besetzt.

*

Reichskanzler Cuno stattete heute vormittag dem Reichspräsidenten Ebert und dem Präsidenten des preußischen Landtages, Leinert, Besuche ab. Heute nachmittag findet die Kabinettssitzung statt, in der die Erklärung der Reichsregierung besprochen werden wird. Morgen vormittag empfängt der Reichskanzler die Parteiführer zu einer Aussprache über die gegenwärtige Lage. Nachmittags 3 Uhr wird dann der Reichskanzler seine Regierungserklärung im Plenum des Reichstages abgeben. Ueber die weitere parlamentarische Behandlung der Regierungserklärung wird der Aeltestenrat, der heute nachmittag zusammentritt, beschließen.

Heute vormittag 11 Uhr trat der Fraktionsvorstand der sozialdemokratischen Partei zu einer Sitzung zusammen. Man beschränkte sich auf eine allgemeine Aussprache über die gegenwärtige Situation und faßte keine Beschlüsse.

Wie wir hören, wird der größte Teil der Sozialdemokratie, unter Umständen die Fraktion geschlossen, weiße Stimmzettel nach der programmatischen Erklärung des neuen Kabinetts Cuno abgeben und sich damit der Stimmenthaltung einschlagen und dem Kabinett gegenüber eine abwartende Stellung einnehmen werden.

* * *

Zur Bildung der neuen Reichsregierung schreibt die „Frankfurter Zeitung": Man darf nicht verhehlen, daß namentlich die Berufung des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Becker-Hessen eine schwere Belastung des Kabinetts darstellt. Die Wahl dieses Politikers, der im Verlauf seiner parlamentarischen Tätigkeit in wirtschaftlichen, vor allem aber in Finanzfragen stets die Ansichten des rechtsgerichteten Flügels seiner Partei zu verwirklichen suchte, ist besonders für die Sozialdemokratie schwer erträglich. Die inzwischen erfolgte Annahme des Reichsministeriums des Innern durch den demokratischen Politiker Rudolf Oeser wird in dieser Beziehung manches erleichtern können.

Italien und das Kabinett Cuno.

Gute Aufnahme bei der Presse.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 23. November.

Die Blätter begrüßen Cuno in sehr freundlichen Artikeln. Sie bringen seine Biographie und heben seine Leistungen während und nach dem Kriege hervor. „Mondo" und „Giornale d'Italia" bringen die Bilder des neuen Kanzlers. Der „Corriere d'Italia" nennt Cuno einen Mann von großem Talent und einen Freund des Zentrums. Namentlich wegen seiner vielen Beziehungen mit Amerika sei Cuno der Mann, den Deutschland für den Wiederaufbau brauche. Alle Parteien seien ihm wohlgesinnt.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Von [Nachdruck verboten.]

Oberbürgermeister **Dr. Külz** (Zittau),
Mitglied des Reichstags.

Wie gemeldet, verhandeln die sächsischen Sozialdemokraten immer noch in sehr entgegenkommender Weise mit den Kommunisten, um diese zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Es liegt auf der Hand, daß diese Verhandlungen die allgemeine politische Lage nicht gerade zu erleichtern geeignet sind, zumal das amtliche Organ der sozialistischen Regierung Sachsens selbst erklärt hat, daß hinter den Plünderungskrawallen in Sachsen die Kommunisten stehen.

Die Redaktion.

Der am 1. Dezember zusammentretende sächsische Landtag wird sehr bald den Kurs erkennen lassen, der in der Politik des Freistaates Sachsen künftig eingeschlagen werden soll. Die Lösung des Problems der Regierungsbildung wird allein genügen, diese Richtung erkennen zu lassen. Die bisherige Regierung war bekanntlich eine rein sozialistische, die sich mit einer aus zwei Stimmen ergebenden Majorität auf die Kommunisten stützte, obwohl diese in der regierungsbildenden Sitzung offiziell erklärt hatten, nur das eine Ziel zu verfolgen, „die Verfassung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu stürzen", und obwohl sie im weiteren Verlauf der Dinge als Motiv ihrer Unterstützung der Regierung offen die Absicht zugaben, dafür zu sorgen, daß sich diese Regierung möglichst lange blamieren möge. Daß eine solche Regierung ebenso verfassungswidrig wie unwürdig war, liegt auf der Hand.

Es ergibt sich nun für die Zukunft als erste Frage, ob die Vereinigte sozialdemokratische Partei Lust besitzt, das Experiment mit den Kommunisten fortzusetzen. Ziffernmäßig ist sie hierzu in der Lage, denn eine auf Sozialisten und Kommunisten sich formell stützende Regierung hat eine Mehrheit von 50 gegen 46 Stimmen für sich. Der massenpsychologischen Einstellung nach besteht zweifellos auf seiten der Sozialdemokratie eine starke Neigung zur Anlehnung an die Kommunisten. „Wenn wir die Wahl haben, so ziehen wir das Bündnis mit ganz links vor", das ist die grundsätzliche Stellungnahme der Sozialdemokratie. Ob die Sozialdemokratie diese Wahl treffen wird, hängt davon ab, welche Zumutungen von seiten der Kommunisten sie mit ihrem demokratischen Gewissen vereinbar hält. Dieses Gewissen war im alten Landtag sehr weit, ob es im neuen Landtag gesestigter sein wird, ist das entscheidende Moment. Kommt eine sozialistische Regierung mit aktiver Beteiligung oder mit formeller Unterstützung der Kommunisten zustande, so wird sie in Anbetracht der parlamentarischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Landes immer unbefriedigend bleiben. Auch Sachsen braucht, genau so wie das Reich, keine Parteipolitik in der Regierung, sondern Staats- und Volkspolitik. Eine solche Politik ist aber bei einer einseitigen sozialistischen Regierung schlechterdings nicht denkbar, selbst wenn die einzelnen beteiligten Personen den besten Willen hierzu mitbringen. Denn die sächsische Sozialdemokratie als solche hat sich ganz eingestellt auf das Ziel, „die Arbeiter" — nicht das Volk — zusammenzuschließen zu dem Versuche, den Staatsapparat in die Hand zu nehmen, und damit eine Einheitsfront gegen das Bürgertum zu konstruieren. Wenn man lediglich Rücksichten der Taktik und Opportunität geltend sein läßt, so würde man mit einer gewissen Erleichterung den Zustand betrachten können, daß eine rein sozialistische Regierung allein die Verantwortung in den vor uns liegenden schweren Zeiten zu tragen habe, aber turmhoch über taktischen Rücksichten steht das Wohl von Staat und Volk, und das erfordert gerade jetzt, daß der Staatsapparat nicht nur von einer Klasse in die Hand genommen wird, sondern daß er von politischen Kräften getragen wird, die den Volkswillen im denkbar größten Umfange verkörpern. Eine wirkliche Demokratie wird diesem Ziele immer nachstreben, solange es erreichbar ist. In Sachsen gibt es zwei Möglichkeiten, zu diesem Ziele zu gelangen.

Die erste Möglichkeit ist eine Regierungskoalition zwischen Sozialdemokraten, Demokraten und Volkspartei. Sie verfügt über eine Mehrheit von 67 zu 29 Stimmen, aber was wesentlicher als dies ist, sie läßt im Staatsleben alle die Strömungen zur Auswirkung kommen, die politisch, kulturell und wirtschaftlich die hauptsächlichsten Triebkräfte des Volkes darstellen. Das politische und parlamentarische Stärkeverhältnis der Sozialdemokratie kommt in dieser Koalition voll zur Geltung, da sie mit 40 Stimmen den Block in ihr bildet.

Die zweite Möglichkeit einer befriedigenden Regierungsbildung besteht darin, ein überparteiliches Ministerium zu bilden, das sich außerhalb der starren Parteischablone hält. Natürlich kann auch ein solches Ministerium nicht losgelöst von den politischen Kräfteverhältnissen der Landesarbeiten, aber doch ohne slawische Abhängigkeit von ihnen, seine Autorität suchend in der sachlichen Potenz, in dem Willen und in der Fähigkeit zur aufbauenden Arbeit auf der Grundlage der demokratischen Republik. Auch in einer solchen Regierung würde die Sozialdemokratie durchaus nicht zu kurz kommen, denn sie hat auch in ihren Reihen eine genügende Zahl derartiger Potenzen, und auch die Sozialdemokratie wird als ernsthafte politische Partei erkennen, daß es gerade für das Wohl des Arbeiters jetzt weniger auf parteipolitische Doktrinen und Kraftprosen als auf entschlossenes und geschlossenes Handeln in Staat und Wirtschaft ankommt.

Angesichts der Zusammensetzung des Landtages hat die deutsche demokratische Partei keine Veranlassung, in der Frage der Regierungsbildung in Sachsen die Initiative zu ergreifen. Ihre Stellungnahme zur Regierungsbildung wird durch die Verfassung und durch die Grundgesetze der